



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

21. Februar 2018

Vizekanzler König Olaf +++ G20-Sonderausschuss +++ Elbtower +++ City-Hof bleibt! +++ Gratis-ÖPNV? +++

Liebe Leserinnen und Leser,



Vom Klimaschutz bleibt bei der Groko wenig übrig (Foto: Michael Joho)

der »vorliegende« BürgerInnenbrief ist die 149. Ausgabe, seit dem »vorliegende« BürgerInnenbrief ist die 149. Ausgabe, seit dem Joachim Bischoff mit der Herausgabe im März 2008 – wenige Wochen nach dem erstmaligen Einzug der LINKEN in die Hamburgische Bürgerschaft – begonnen hat. Die HerausgeberInnen haben gewechselt, der Geist ist der gleiche geblieben: Die Politik und Veränderungen in dieser Stadt allmonatlich aus linker Perspektive zu kommentieren und gewisse Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Innen- und Flüchtlings, Wohnungs-, Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik zu setzen.

Wir fänden es großartig, wenn einige aus der inzwischen doch recht großen LeserInnengemeinde für die nächste, Mitte März erscheinende 150. Ausgabe des BB einen kleinen Artikel, einen Kommentar oder Fünfzeiler beisteuern würden. Motto: Der BürgerInnenbrief und ich, oder vielleicht etwas

anders formuliert: Was ich Euch länger schon mal sagen resp. schreiben wollte. Also, eine herzliche Einladung an alle, den BürgerInnenbrief aber mal so richtig zu kritisieren, zu loben oder einfach ein paar Gedanken vorzubringen ...

Ansonsten beschäftigt uns alle zurzeit wohl vor allem die Regierungsbildung und die sich abzeichnende Große Koalition, ein Unterkapitel dabei: der tragische Bedeutungsverlust einer schlingernden SPD und eines Ersten Bürgermeisters, der antritt, die angeblich so grandiose Hamburger Politik auf Bundesebene umzusetzen. Dazu haben wir allerdings einiges einzuwenden, wie dem nachfolgenden Artikel von Joachim Bischoff zu entnehmen ist. Neben all den anderen Akzenten, die wir auf den weiteren Seiten setzen.

Herausgeberinnen und Redaktion

König Olaf wird Vize-Kanzler

Von Joachim Bischoff



Beim Global Citizen Festival in Hamburg, 6.7.2017
(Foto: Frank Schwichtenberg/wikipedia)

In Hamburg wird aller Voraussicht nach ein Nachfolger für Bürgermeister Olaf Scholz gewählt werden müssen, der als Bundesfinanzminister und Vizekanzler gehandelt wird. In der SPD ist nach Darstellung des kommissarischen Parteichefs Olaf Scholz noch keine Entscheidung über ihre Ministerriege in einer neuen Großen Koalition gefallen. Zunächst stehe die Abstimmung der über 460.000 SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag an. Wenn die Mitglieder zustimmten, »dann werden wir die Frage, wer ins Kabinett geht, miteinander diskutieren und entscheiden«. Es existiere keine Liste: »(...) es gibt keine Entscheidung über diese Frage. Das muss organisiert werden.« Übernimmt Scholz ein Ministeramt in einer neuen Koalition von Unionsparteien und SPD, werden auch die Kräfteverhältnisse in der hanseatischen Partei wieder in Bewegung geraten.

Regieren und Erneuern mit Scholz

Das Ergebnis des Basisvotums soll am 4. März vorliegen. Scholz gibt sich optimistisch: »Es wird eine sehr starke Zustimmung bei den SPD-Mitgliedern geben.« Nach Umfragen sollen ca. zwei Drittel der SPD-Mitglieder den Koalitionsvertrag und ein erneutes Bündnis mit den Unionsparteien befürworten. Noch vor Auszählung des Mitgliedervotums will die SPD-Führung bei einer Klausurtagung am 3./4. März ihren Erneuerungsprozess organisieren. »Erneuerung und neue Stärke können auch in einer Regierungszeit gelingen«, sagte Scholz an die Adresse der Gegner einer neuen großen Koalition in der SPD. Scholz war nach dem Rücktritt des bisherigen SPD-Chefs Martin Schulz für den Übergang zum Parteichef ernannt worden. Auf einem Sonderparteitag am 22. April soll Fraktionschefin Andrea Nahles zur Parteivorsitzenden gewählt werden.

Die SPD-Führung hat sich durch ein miserables Politikmanagement in den letzten Wochen selbst auf das Niveau einer Zustimmung in den Umfragen von ca. 16% herabgewirtschaftet. Von »Chaostagen« redet die stellvertretende SPD-Chefin Manuela Schwesig. Wie zerrissen die Partei ist, zeigt die konzeptionslose Personalpolitik, die auch nach dem Streit zwischen Martin Schulz und Sigmar Gabriel anhält. Es gelingt der Partei nur mühsam, die Eitelkeiten einzudämmen oder wenigstens eine ernsthafte Debatte zu inszenieren. Daher ist nicht auszuschließen, dass der Niedergangsprozess anhält.

Die SPD steckt seit Jahren in einer strategischen Sackgasse. Ein Großteil der europäischen Sozialdemokratie ging in den 1990er Jahren (Blair-Schröder-Papier) auf eine Position des Neoliberalismus light über – Deregulierung, Privatisierung, Entfesselung der Subjektivität –, mit der Konsequenz der Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten des Kapitals. »Das Schutzversprechen der Sozialdemokratie ist gebrochen worden«, sagte Andrea Nahles später, als sie Generalsekretärin war. Keinem Vorsitzenden gelang es seither, die Agenda-Politik mit der Grundausrichtung der SPD in Einklang zu bringen – weder mit ihrem Selbstverständnis noch mit ihrer Selbstdarstellung als »Partei der kleinen Leute«. Bei der Bundestagswahl 2017 sahen nur noch 38% die SPD als die Partei der sozialen Gerechtigkeit, bei der Wahl 2002 waren es noch 52%.

Seit Jahren verfolgt die SPD eine Strategie der Korrektur der Macht- und Verteilungsverhältnisse durch Einzelprojekte: Mindestlohn, Rente mit 63, Mietpreisbremse. Diese Politik eines systemimmanenten Gemischtwarenladens überzeugt immer weniger. Auch der neue Koalitionsvertrag ist so gebaut. Die vielfältigen Korrekturen (Sicherung des Rentenniveaus, Bildungsoffensive, Ausbau der Pflege etc.) überzeugen die

Mehrheit der WählerInnen nicht. Die 154 Jahre alte SPD war jahrzehntelang eine Milieu- und Klassenpartei der Lohnabhängigen. Ihr historischer Auftrag waren Emanzipation, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Bändigung des Kapitalismus. Für die Strukturen des Finanzmarktkapitalismus hat sie – wie ihre linke Alternative – keine realitätstüchtige Konzeption.

Der kommissarische SPD-Vorsitzende hat die Partei aufgerufen, sich von schlechten Umfragewerten nicht entmutigen zu lassen. Einer ARD-Umfrage zufolge liegt die SPD zurzeit bei 16%. Scholz bringt Erfahrungen als SPD-Krisenmanager mit. Mit einer autoritären Grundhaltung ausgestattet, übernahm er von 2000 bis 2004 den Landesvorsitz der SPD Hamburg und überzeugte mit seinem Führungsstil. Seit 2001 gehört er dem SPD-Bundesvorstand an und war unter Bundeskanzler Schröder mit der Agenda 2010-Politik Generalsekretär der SPD. 2007 wurde Scholz Arbeitsminister in der Großen Koalition und damit Mittäter am Hartz IV-Regime. Vier Jahre später ordnete er die chaotischen SPD-Verhältnisse an der Elbe und wurde schließlich Bürgermeister. Er verrichtet sachlich, unaufgeregt und verlässlich seinen Dienst – das kommt an in der Hansestadt. Durch überzeugende Ideen einer sozialdemokratischen Erneuerung ist er weder in Hamburg noch in der Bundespolitik aufgefallen.

Seine Bestätigung als führender Landespolitiker wiederholt sich seit 2009. Der zuvor unruhige und von diversen Affären und Korruption geplagte Landesverband sehnte sich nach Führung und hat sie mit Scholz bekommen. Dieser wurde von Medien (zuerst von Jan Roß in der »Zeit« vom 13. März 2003) als »Scholzomat« titulierte, was auf seine automatisierte und mechanisch wirkende Wortwahl in Pressekonferenzen gemünzt war. Scholz äußerte 2013 dazu, er habe die Wortwahl als »sehr treffend« empfunden und sich nie darüber beschwert. Zu seiner Machtarchitektur gehört Führung im Landesverband und Bürgerschaftsfraktion: ein längeres Referat des Vorsitzenden und eine unkritische Aussprache. Debatte oder gar selbstkritische Überprüfung der politischen Position sind seine Sache nicht. Ideen stören beim Regieren.

König Olaf, wie er von ParteifreundInnen genannt wird, ist der Herrscher der Hinterzimmer. Sein Aufstieg in der SPD ging langsam voran. Der Weg war steinig und von Rückschlägen geprägt. König Olaf ist zugleich das Paradigma einer massiven Transformation. Der Redakteur Heribert Prantl fragte in der »Süddeutschen Zeitung«: »Wie kommt es, dass sich eine Pappschachtel in ein Schatzkästlein verwandelt? Was ist geschehen, wenn ein vermeintlich konturenloser Polit-Manager wie Olaf Scholz nun als Siegertyp dasteht? Wie kann es passieren, dass einer, der als »Scholzomat« beschrieben wurde, als ein blecherner Automat also, auf einmal als großer Sympathieträger gilt? Ist es ein politisches Pfingstwunder, wenn seine Sätze, die früher als gestanzte Formeln galten, nun als sensible Politpoesie durchgehen?«

Olaf Scholz schaut auf Fotos manchmal aus wie ein Clown nach dem Abschminken. Aber er sollte nicht unterschätzt werden. Der hartnäckige Strategie übernimmt jetzt wieder eine wichtige Führungsfunktion auf Bundesebene. Das Rezept des

humorlosen Politbürokraten: König Olaf zeigt Emotionen nur beim harten Regierungshandwerk. Er will ordentlich regieren und wiedergewählt werden. Wer das Regierungshandwerk beherrscht, brauche keine Konzeption für die Zukunft. Ordentliches Regierungshandwerk heißt in Hamburg: wachsende Stadt und geordnete öffentliche Finanzen. Beide Felder zeichnen sich indes durch große Verwerfungen und Fehlentwicklungen aus. Die Stadt geht durch Gentrifizierung und Lücken in der Infrastruktur kaputt; bei den öffentlichen Finanzen regiert seit Jahren der Rotstift, während zugleich für die Pleitebank HSH Milliarden Euros versenkt werden. Dennoch: Ordentlich Regieren soll in einer Zeit wachsender Instabilität zum Markenzeichen einer erneuerten Sozialdemokratie werden.

Olaf Scholz hat einen langen Atem und sitzt Niederlagen aus. An die gescheiterte Olympia-Bewerbung erinnern sich nur noch Politfreaks. Mangelnde Ausdauer kann dem Hamburger Bürgermeister keiner vorwerfen – sei es als Verwalter der Arbeitslosigkeit und des Flüchtlingsstroms oder in zähen Koalitionsverhandlungen sowie bei der Anhörung vor dem G-20-Sonderausschuss. Seine zynischen Sottisen regen kaum noch auf: »Seien Sie unbesorgt: Wir können die Sicherheit garantieren.« Und: »Wir richten ja auch jährlich den Hafengeburtstag aus. Es wird Leute geben, die sich am 9. Juli wundern werden, dass der Gipfel schon vorbei ist.« Tatsächlich kam es zu Ausschreitungen und Plünderungen. In der Diskussion über eventuelle Straftaten von PolizistInnen im Rahmen des G-20-Gipfels – es wurden diesbezüglich 115 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten, davon 92 wegen Körperverletzung im Amt eröffnet – sagte Scholz: »Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise.« Der Politbürokrat war und ist überzeugtes Mitglied des konservativen Flügels der SPD. Hamburg ist entgegen aller politischen Gerüchte eine miserabel verwaltete Stadt.

Erneuerung durch Aussitzen

Jahrelang wurde in der SPD getuschelt, wann es den selbstbewussten Regierungschef aus der Hansestadt wieder zurück in die Hauptstadt dränge. Um dann zu konstatieren: Der springt wieder nicht. Nach der Bundestagswahl 2017 meldete er sich verstärkt zu Wort, erhielt auf dem Bundesparteitag am 7. De-



zember 2017 bei der Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden mit 59,2% jedoch das schlechteste Ergebnis von allen nunmehr sechs StellvertreterInnen. Jetzt soll dieser Platzhalter die Erneuerung der SPD in der Regierung bringen.

Noch Anfang Dezember hatte Scholz im »Hamburger Abendblatt« auf die Frage, ob er im Falle einer Neuaufgabe der Großen Koalition für ein Ministeramt zur Verfügung stehe, abgesagt. Als mit reichlich Macht ausgestatteter Finanzminister und Vizekanzler soll nun im Merkel-Kabinett künftig quasi nix mehr ohne den 59-Jährigen gehen – vorausgesetzt, die SPD-Basis macht den Weg frei für eine Neuaufgabe der Groko. Dem Machtstrategen werden schon lange Ambitionen auf das Kanzleramt nach der Ära Merkel nachgesagt.

Lange Jahre hat sich die Opposition erfolglos an Scholz abgearbeitet. Die Kritik, er sei abgehoben und kümmere sich nicht um die Probleme der kleinen Leute, hat seine Karriere nicht behindert. Fest steht auch: Der hanseatisch-kühle Analyst und Pragmatiker wird von der Parteibasis als Stabilitätsfaktor in einer Chaostruppe respektiert, aber nicht begeistert getragen. Er kann gleichwohl seine Partei aufrichten, wenn auch ohne inhaltliche Erneuerung: Es liege an der SPD selbst, Stärke zu gewinnen, sagt Scholz und meint, wenn man ihn lässt, beweise er Stärke. Er traue seiner Partei zu, die nächste Bundestagswahl zu gewinnen.

Ein entscheidender Punkt einer breit getragenen Erneuerung müsste die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sein, der auch in der Berliner Republik wie der Phoenix aus der Asche der Parteiendemokratie emporsteigt. Die AfD ist auch hierzulande der treibende Faktor in den politischen Arenen der finanzgetriebenen kapitalistischen Gesellschaften. Der Niedergang der überlieferten Parteien und der Aufstieg des Rechtspopulismus sind Symptome eines gemeinsamen Nährbodens. Das Problem ist, dass etwa 70% der Bevölkerung mit dem Establishment unzufrieden sind. Bemerkenswert: Selbst die Ausbreitung des Rechtspopulismus in Deutschland war keine Debatte auf den Parteitag wert und Scholz' These, die AfD sei eine »Partei der schlechten Laune«, bleibt unhinterfragt und unwidersprochen.

Die Parteien des bürgerlichen Lagers und der europäischen Sozialdemokratie, die die Gesellschaft und ihre Machtverhältnisse geprägt haben, sind gelähmt. Die Symptome sind eindeutig: konzeptionelle Schwäche, wachsende Hilflosigkeit bei der Mängelverwaltung und ein wachsendes Amalgam von Bereicherungstrieb sowie offenkundiger Korruption. Die Parteiapparate erweisen sich als geschlossene Systeme mit verbrauchten Figuren, die angesichts wachsender sozialer Spaltungen den Kontakt mit der gesellschaftlichen Basis verlieren. Beide Parteienfamilien haben keine überzeugenden Antworten auf das schwächelnde Wirtschaftswachstum, die wachsende Kluft in den Verteilungsverhältnissen und den Niedergang der öffentlichen Infrastruktur.

Gegen diese rechtspopulistische Bewegung setzt Olaf Scholz eine Gegenposition: Die AfD sei eine Partei der schlechten Laune. In seinem gleichnamigen Positionspapier vom Frühjahr 2016 sind viele wichtige Beobachtungen und Ge-



Solidarische Willkommensstadt? Das muss Hamburg erst noch werden (Foto: M. Joho)

sichtspunkte enthalten. Die neurechten Gruppierungen – so Scholz – zeichnen zwei Dinge aus: das Ressentiment gegenüber Fremden – und eine wahnsinnig schlechte Laune. Es stellt sich die Frage, wieso es in wirtschaftlich erfolgreichen und politisch vergleichsweise stabilen Ländern einen Nährboden gibt für schlecht gelaunte, rechtspopulistische Politik. Scholz beantwortet die Frage nach dem Grund: »Vielleicht ist eine der Ursachen dafür in der Umkehrung eines Mottos der Arbeiterbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu finden: Die Bürgerinnen und Bürger haben jetzt eben doch mehr zu verlieren als ihre Ketten. Das gilt nicht allein für ärmere Bevölkerungsteile, sondern auch und ganz besonders für die Mittelschicht. Sicher sollten wir nicht übersehen, dass das Wachstum der Einkommen der Mittelschicht unter den Bedingungen der Globalisierung stagniert. Die Aufstiegs Perspektive, dass es einem selbst und seinen Kindern einmal besser gehen wird, ist längst nicht mehr selbstverständlich gegeben. Vielmehr macht sich in Teilen der Bevölkerung die Angst breit, dass es in Zukunft sogar schlechter gehen könnte. Einfach qualifizierte oder ungelernte Bevölkerungsgruppen hat es noch härter getroffen, weil ihre Perspektiven auf den Arbeitsmärkten der hoch entwickelten und spezialisierten Wirtschaftsnationen immer düsterer werden. All das erzeugt bei einigen schlechte Laune und eine Sehnsucht nach der alten Übersichtlichkeit: Zurück zur Nation! Obwohl, und das ist wichtig zu erkennen, nationale Lösungen in einer globalisierten Welt von bald zehn Milliarden Menschen gerade keine Aussicht auf Erfolg haben.«

Die Erosion der gesellschaftlichen Mitte ist in der Tat der Hintergrund für eine wachsende Affinität zum Rechtspopulismus – nicht nur in der Berliner Republik, sondern europaweit. Die Angst vor sozialem Abstieg erweist sich im Zusammenspiel mit der – vor allem wegen der vielen nicht gehaltenen oder gebrochenen Versprechen – großen Distanz zum politischen System, als der ideale Nährboden für den Rechtspopulismus. Die Grundmelodie dieses Rechtspopulismus ist die vom einfachen Volk gegen »die da oben« (»Das Volk sind wir«) gepaart mit dem Versprechen, im nationalen Rahmen durch die Ausgrenzung von »unnützen Fressern« und »Parasiten« die Lage der »hart arbeitenden Bürger« zu verbessern.

Gerade in den sozio-ökonomischen Mittellagen der europäischen Gesellschaften ist eine wachsende Anfälligkeit für rechtspopulistische Haltungen zu beobachten. Vor dem Hintergrund der Erosion der eigenen gesellschaftlichen Stellung wird hier deutlich gegen eine vermeintliche »Einwanderung« in die nationalen Sicherungssysteme Position bezogen. Gegen den kritisch beurteilten sozialen Wandel wird einmal mehr versucht, das Nationale als schützendes Bollwerk zu mobilisieren.

Olaf Scholz will Anfang März die Kampagne für die grundlegende Erneuerung der Partei eröffnen. Man kann davon ausgehen, dass er die Politik des Scholzomats auf die Bundesebene übertragen wird. Wenn es nach ihm geht, muss man sich über die Schwäche der deutschen oder europäischen Sozialdemokratie nicht den Kopf zerbrechen. Eine Politik zur Bekämpfung der tiefen sozialen Spaltung wäre falsch und zum Scheitern verurteilt. Es gelte ordentlich zu regieren und

die verschiedenen Fehlentwicklungen ohne Korrekturen am Gesamtsystem anzustreben. Seine Botschaft schon vor der Bundestagswahl 2017: »Wir entwickeln Konzepte, wie das, was in Hamburg gelungen ist, strategisch auch in Deutschland und Europa gelingen kann.« »Wir haben Aufbruch in der Stadt organisiert, der muss jetzt umgesetzt werden«, sagte der Senatschef in einer für seine Verhältnisse emotionalen Rede, in der er sich sogar zu der Bemerkung hinreißen ließ, sein Herz sei so voll, dass er gar nicht alles ausdrücken könne, was ihm wichtig sei. Allerdings machte Scholz noch einmal klar, was das zentrale Ziel der SPD für Hamburg ist: »Das soll der Ehrgeiz der Stadt Hamburg sein: eine boomende Stadt sein und zugleich eine Stadt, die sich jedermann leisten kann und in der das Leben lebenswert bleibt – unter ökologischen Gesichtspunkten und unter Gesichtspunkten der Liberalität gleichermaßen.«

Mit Scholz bleibt die Weichenstellung in der SPD falsch.

Was bringt eigentlich der G20-Sonderausschuss?

Von Christiane Schneider



Kurz vor dem Angriff auf die Versammlung in Entenwerder
(Foto: Christiane Schneider)

Die Antwort »nichts« wäre nicht ganz richtig. Zwar kann ich mit Stand Mitte Februar 2018 sagen, dass die Behörden – vor allem die Innenbehörde mit Senator Grote an der Spitze und den Vertretern und Vertreterinnen von Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz – sehr, sehr wenig zur Aufklärung beitragen, aber manche falsche Spur legen. Andererseits hängen die Ergebnisse auch ein bisschen von den Anstrengungen und Absichten der Mitglieder des Sonderausschusses ab und von den »Auskunftspersonen«, also den Sachverständigen, die eingeladen werden können (man braucht dazu die Unterstützung von 25% der Ausschussmitglieder). Ich möchte das mit meinen Eindrücken aus den Sitzungen am 24. Januar und 8. Februar belegen.

Für die Sitzung am 8. Februar war es gelungen, den Juristen Dr. Christian Ernst einzuladen, der vor einigen Jahren

eine sehr kritische Stellungnahme zum großen Gefahrengebiet im Januar 2014 veröffentlicht hatte. Auf der Tagesordnung standen vor allem die zu den Gipfeltagen erlassene Allgemeinverfügung, die in einer rund 38 qkm großen Zone im Kerngebiet der Stadt jegliche Demonstration verboten hatte, und der Kampf um die Camps und dabei u.a. zur Situation in Entenwerder am 2. Juli. Zu beiden Punkten lieferte Dr. Ernst eine exzellente Kritik, die ich hier nicht wiedergeben kann – ich verweise aber alle Interessierten auf das in den nächsten zwei bis drei Wochen zu erwartende Wortprotokoll der Sitzung. Es kann dann aus der Parlamentsdatenbank heruntergeladen werden (<https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/formalkriterien/1>).

Aufgrund unseres intensiven Studiums der Akten konnten wir im Zusammenhang des Kampfs um die Camps nach-

weisen, dass Gesamteinsatzleiter Dudde von Anfang an, d.h. seit der allerersten Besprechung der Einsatzabschnitts-Leiter am 15. März 2016, den Kurs verfolgt hatte, Camps um jeden Preis zu verhindern. Er begründete das im Sonderausschuss mit seinen Erfahrungen, wobei vor allem eines wieder deutlich wurde: dass er nämlich grundsätzlich Versammlungen und Proteste als »Störungen« sieht und behandelt und Demonstrierende als zumindest potenzielle »Störer« und GewalttäterInnen. Insofern lag es für ihn einfach nahe, Camps zu verbieten, um die G20-Proteste zu schwächen. Ihm sprang das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) bei mit einem auf angeblichen oder wirklichen, auf jeden Fall unüberprüfbaren Spitzelberichten beruhenden Beitrag über das vom Obergerverwaltungsgericht ermöglichte Camp am Vorhornweg (Altona). Tenor dieses Berichts: Das Camp war voller GewalttäterInnen, die es zur Vernetzung nutzten, das Camp war sozusagen die Quelle der Gewalt bei G20 und somit Symbol dafür, dass die G20-Proteste insgesamt auf Gewalt und nicht viel anderes aus waren.

Interessant aber war in diesem Zusammenhang etwas anderes: Die Sicherheitsbehörden mussten von der Behauptung abrücken, die aus dem Camp kommenden und am Rondenbarg am frühen Morgen des 7. Juli der Festnahme entkommenen TeilnehmerInnen des Demonstrationzugs hätten anschließend »mutmaßlich« in der Elbchaussee gewütet. Polizeipräsident Meyer hatte diese Behauptung am 8. Dezember – drei Tage nach der bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen bekannte Beschuldigte im Zusammenhang mit dem Rondenbarg und damit zur Rechtfertigung dieser Polizeiaktion – in einem »Spiegel«-Interview verbreitet. Tatsächlich versuchen die Sicherheitsbehörden, bisher unterstützt durch die Justiz, den Zusammenprall zwischen Demonstrierenden und der Polizei, zu einem Schlüsselereignis der G20-Proteste und ihrer behaupteten allgegenwärtigen Gewalt hochzustilisieren: Vom Camp aus sei es nicht nur zum Rondenbarg, sondern direkt weiter zur Elbchaussee gegangen.

Der Strom der Zeitungsartikel zum G20-Gipfel und seiner Aufarbeitung hat etwas nachgelassen, aber immer noch erscheinen neue Veröffentlichungen und Berichte. Hier seien zwei aktuelle Dokumentationen empfohlen, die im Netz anzuschauen sind:

- Diskussion im Rahmen einer G20-Reihe der Körber-Stiftung im Dezember 2017, mit Falko Droßmann (Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte), Andrea Kretschmann (Kriminalsoziologin an der HU Berlin), Roman Denter (Attac) und Peter Ulrich Meyer (Hamburger Abendblatt), ca. 102 min, www.koerber-stiftung.de/mediathek/mit-sicherheit-protest-reloaded-1529.html
- Film über den Gipfel, die Polizeigewalt und die rechtliche Einschätzung, u.a. mit Thomas Wüppesahl und Rechtsanwältin Ulrike Donat, ca. 28 Min., www.youtube.com/watch?v=eBWNqPMSCZQ



Foto: Christiane Schneider

Es war klar, dass wir diese Behauptung aufgrund des Aktenstudiums widerlegen konnten und auf der Sitzung am 8. Februar auch widerlegen würden. Das hatte ich auf Twitter angekündigt. Und wie zufällig gab das LfV zwei Tage vor der Sitzung bekannt, dass die Gruppe, die die Gewalt und Zerstörungen in der Elbchaussee und rund um das Altonaer Rathaus verübt hatte, **nicht** aus dem Camp und somit auch nicht vom Rondenbarg gekommen sei. Der Polizeipräsident antwortete leicht verschämt auf meine Frage, dass er das erst zwei Tage aufgrund von entsprechenden Presseanfragen erfahren habe. Bis dahin habe er seine Behauptung vom 8. Dezember für sehr wahrscheinlich gehalten. Tatsächlich aber ergibt sich aus den Akten, dass die entkommenen Teile des »Schwarzen Fingers«, der um 6.31 Uhr am Rondenbarg aufgestoppt worden war, noch um 7.01 Uhr in der Umgebung des Rondenbargs gesehen worden waren. Sie standen unter ständiger polizeilicher Beobachtung. Sie hätten die über vier Kilometer bis zur Elbchaussee also in weniger als 25 Minuten zurücklegen, die Beobachter dabei abschütteln und sich aus Depots noch aufrüsten müssen. Ein Ding der Unmöglichkeit. Dass der Polizeipräsident die Aktenlage nicht kannte, ist, nun ja, eher unwahrscheinlich.

Aber was ist mit den Vermutungen von LfV und Polizei, bei der Gruppe in der Elbchaussee handele es sich um »eigens angereiste Linksextreme aus dem Ausland« (»Hamburger Abendblatt«, 9.2.), die nicht im Camp, sondern privat untergekommen seien? In der vorletzten Sitzung am 24. Januar hatten auf meine Fragen sowohl das BKA als auch die Hamburger Polizei behauptet, nichts von ausländischen polizeilichen Verdeckten ErmittlerInnen bei den angereisten Gruppen aus Italien, der Schweiz, Frankreich, Spanien, skandinavischen Ländern etc. zu wissen, und man habe auch nicht gewollt, dass welche eingesetzt werden. Das wäre tatsächlich das allererste Mal bei internationalen Großereignissen wie G20. Es ist absolut unglaublich, und es gab auch nicht einmal den Versuch, diese Behauptung zu begründen. Aus welchem Grund denn wollte man Verdeckte ErmittlerInnen ausländischer Polizeien nicht in Hamburg haben, obwohl man mit 1.200 ausländischen GewalttäterInnen gerechnet haben will? Man weiß durch eine WDR-Dokumentation über den Gipfel in

Genua, wie stark z.B. italienische anarchistische Gruppen von Polizei durchgesetzt sind.

Und jetzt sollen diese Verdeckten ErmittlerInnen zu Hause geblieben sein, weil das BKA und Dudde sie in Hamburg nicht dabei haben wollten? Man weiß, dass nach Heiligendamm 2007 allein aus Großbritannien 15 Verdeckte ErmittlerInnen bzw. Spitzel entsandt worden waren. Man weiß, dass die in Hamburg aufgefliegenen Verdeckten Ermittlerinnen Maria B. und Astrid O. zu Demonstrationen in Kopenhagen und Brüssel oder 2009 zum No-Border-Camp auf Lesbos mitgereist waren und mit den örtlichen Polizeibehörden in Verbindung standen. Wenn aber Verdeckte ErmittlerInnen ausländischer Polizeien in Hamburg waren, wovon man ausgehen muss, dann wusste das das BKA, dann wusste das Gesamtein-satzleiter Dudde, denn ihr Einsatz ist vertraglich geregelt und die BAO Michel hätte informiert werden müssen. Dann aber wussten Dudde und das BKA auch über die von ihnen begleiteten ausländischen Gruppen und ihre Aktivitäten Bescheid.

Wenn man bei den Sicherheitsbehörden wirklich davon ausgeht, dass es sich bei der äußerst gewalttätigen Gruppe in der Elbchaussee um eine ausländische Gruppe gehandelt hat, dann stellt sich die Frage: Warum eigentlich waren weit und breit keine Polizeikräfte in der Elbchaussee? Diese Frage muss beantwortet werden.

discher Polizeien in Hamburg waren, wovon man ausgehen muss, dann wusste das das BKA, dann wusste das Gesamtein-satzleiter Dudde, denn ihr Einsatz ist vertraglich geregelt und die BAO Michel hätte informiert werden müssen. Dann aber wussten Dudde und das BKA auch über die von ihnen begleiteten ausländischen Gruppen und ihre Aktivitäten Bescheid.

Elbtower – Scholz' Zeigefinger zum Abschied

Von Heike Sudmann



Blick vom Elbpark auf den geplanten Elbtower (www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/)

Selten war eine Pressekonferenz zur Vorstellung eines Bauvorhabens so gut besucht wie diese am 8. Februar. Das lag sicherlich nicht alleine an dem geplanten höchsten Hochhaus für Hamburg, sondern auch an den hochfliegenden Karriereplänen von Olaf Scholz, die erst kurz vorher bekannt geworden waren. Jedenfalls freute sich der sonst so emotionsfreie und trockene Finanzminister und Vizekanzler in spe sichtbar über die baulichen Visionen. So drängte sich bei vielen BeobachterInnen auch der Eindruck auf, hier will sich einer ein Denkmal schaffen, frei nach dem Motto: Was dem Ole seine Elbphilharmonie ist, soll dem Olaf sein Elbtower sein.

Daten und Worte zum Elbtower

Mit 235 Meter Höhe würde der Elbtower das höchste Gebäude in Hamburg und das dritthöchste in Deutschland sein. Die Nutzungen werden in der verteilten Kurzinformatik wie folgt angegeben: 70.000 qm Büro, 16.000 qm Hotel/Boardinghaus, 11.000 bis 13.000 qm Entertainment-Nutzungen (z.B. ein Water-Education-Center, ein Mobility-Experience-Center, ein »House of Pop« oder ein eSports-Center sowie Läden und Gastronomie in Prüfung), 3.000 qm für Kinderland, Fitness, Gastronomie, Außenterrasse, 2.700 bis über 3.000 Arbeitsplätze, 560 Stellplätze sowie ein Investitionsvolumen von 700 Mio.

Euro sind geplant. Eine Jury, bestehend aus Architekten, Städtebauern und Immobilienfachleuten (ob auch Frauen dabei waren, lässt sich der Pressemitteilung nicht entnehmen), hatte sich einstimmig für den Entwurf von David Chipperfield entschieden. Das Gebäude soll privat errichtet und finanziert werden.

Den »Daten & Fakten« stehen in der Pressemitteilung vom 8. Februar so blumige Beschreibungen wie »skulpturales städtebauliches Pendant zur Elbphilharmonie« und eine »große ikonografische Kraft« gegenüber. Weiter heißt es: »Der Elbtower ist keine Architekturdiva, er steht nicht für Architekturspektakel. In seiner vornehmen und eleganten Gestalt bildet er aus allen Blickrichtungen ein überraschendes Wechselspiel und nimmt einen lebhaften Dialog mit der Nachbarschaft auf.« Wortgeklänge hin oder her, die entscheidende Frage ist, was sagen die Hamburgerinnen und Hamburger zu diesem Hochhaus? In der Jury befanden sich keine BürgerInnen, auch nicht AnwohnerInnen der HafenCity, aus Rothenburgsort oder von der Veddel. Auch gab es keine öffentliche Diskussion zu diesem Hochhaus.

Stadtentwicklung durch Hochhäuser – moderner oder überholter Ansatz?

Hochhäuser sind in Hamburg oft umstritten. Wobei allerdings schon bei der Definition das Problem anfängt. Sieben oder acht Stockwerke hohe Gebäude gelten für einige bereits als Hochhäuser und als inakzeptabel. Echte Hochhäuser sind z.B. die Mundsburg-Türme, die in der 1970er Jahren errichtet wurden und deren beide Wohnhäuser um die 100 Meter hoch sind und knapp 30 Stockwerke haben.



Mundsburg-Türme aus der Luft, 2007 (Foto: emmic/wikipedia)

Sind Hochhäuser heute noch ein Ausdruck moderner Stadtplanung? Oder sind sie ein überholter Ansatz und altmodisch? Die Ausführungen der TeilnehmerInnen der Pressekonzferenz gehen eindeutig in die Richtung, dass mit dem Elbtower ein wichtiger städtebaulicher Akzent und »ein Zeichen für die Zukunftsfähigkeit der Hansestadt, für Wirtschaftskraft und Mut, die Zukunft zu gestalten«, gesetzt werden kann. In Zeitungsartikeln und LeserInnenbriefen wird oft der sparsame Flächenverbrauch von Hochhäusern angeführt. Ohne Frage ist der Flächenverbrauch eines Hochhauses wesentlich geringer als der eines Einfamilien- oder Doppelhauses. Doch ab einer bestimmten Höhe werden die Flächensparnisse durch die notwendigen Abstandsflächen zum nächsten Gebäude und durch die erforderlichen Ausgleichs- und Grünflächen stark reduziert.

Wie sich Hochhäuser auf die Stadt auswirken und ob sie dem »menschlichen Maß« entsprechen, untersucht der bekannte dänische Stadtplaner und Architekt Jan Gehl. Der auch in Hamburg häufiger zu Vorträgen eingeladenen Experte kritisiert die Perspektive vieler Planungen und fordert eine ganzheitliche Planung, die die Stadt im Zusammenhang all ihrer Elemente betrachtet. »Vielerorts befindet sich dieses Ideal aber im Konflikt mit einer Praxis, die in der Moderne wurzelt und sich auf Einzelbauten konzentriert statt auf ganzheitlich geplante öffentliche Räume. Fotos zeigen Bauherren, Bürgermeister und stolze Architekten über ein städtebauliches Modell gebeugt und illustrieren so die Methode und das Problem: das Projekt wird aus der Vogelperspektive betrachtet. (...) Eine derartige Stadtplanung erfolgt in der Regel ausschließlich im ganz großen und mittleren Maßstab und lässt das kleine, menschliche Maß weitgehend außer Acht« (Jan Gehl: Städte für Menschen. Berlin, 3. Aufl. 2016, S. 228. Erstausgabe: Byer for Mennesker, 2010).

Das von Gehl beschriebene Phänomen ist auch in Hamburg zu erkennen. In der Pressemitteilung vom 8. Februar wird darauf hingewiesen, dass der 235 Meter hohe Turm »ein unverwechselbarer Kristallisationspunkt« sein wird. Gleichzeitig wird aber auch ein Problem beschrieben: »Wegen der hohen Lärm- und Windexponiertheit entsteht auf dem Grundstück kein größerer Platz; stattdessen entsteht im nach Südwesten ausgerichteten niedrigen viergeschossigen Teil des Gebäudes ein geschützter und gefasster Stadtraum mit einem inneren Platz.« Mit anderen Worten wird es am Fuße des Hochhauses sehr unwirtlich sein und damit keinen attraktiven öffentlichen Raum geben können.

Öffentliche Diskussionen statt Schlusspunkt!

Ich hoffe sehr, dass wir hamburgweit über den Elbtower und auch über Hochhäuser noch viele spannende Diskussionen haben werden. Die Perspektive des Vogels oder der Ameise sowie das menschliche Maß werden dabei wichtige Punkte sein. Eine kleine Jury und eine Absegnung des Elbtowers durch den amtierenden Bürgermeister können jedenfalls diese Diskussionen nicht ersetzen und erst recht nicht der Schlusspunkt sein.

Wohnen in Eidelstedt



Demo in Eimsbüttel/Furtweg, 2016 (Fotos: DIE LINKE, Eimsbüttel)

Mit seinen rund 32.500 EinwohnerInnen gehört Eidelstedt zu den größeren Stadtteilen am nordwestlichen Rand Hamburgs. Hier finden sich mehrere Wohnquartiere, die durch fünf große Straßen und zwei Autobahnen belastet sind. Obwohl das Einkommen hier um etwa ein Viertel unter dem hamburgischen Durchschnitt liegt, steigen auch in Eidelstedt die Mieten. Armuterscheinungen zeigen sich laut amtlichem Bericht in einigen Quartieren besonders deutlich.

Was bewegt und belastet die EidelstedterInnen? Dieser Frage geht die Linksfraktion im Rahmen ihrer Reihe »Mut gegen Armut« am 21. Februar nach. Auf der Veranstaltung wollen wir uns vor allem mit den Wohnverhältnissen in Eidelstedt beschäftigen. Aber es geht nicht nur um die Mietenentwicklung und die Neubauten, um das Fördergebiet Eidelstedt-Mitte und die Unterkünfte für Geflüchtete – wir wollen das Leben in Eidelstedt insgesamt beleuchten und dis-

kutieren: Was bewegt und belastet die EidelstedterInnen? Was zeichnet den Stadtteil aus, welche Probleme gibt es? Und was muss sich verbessern?

Wohnen in Eidelstedt – gut und günstig?

Diskussionsveranstaltung der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft

Mit Holger Börgartz (Eidelstedter Bürgerhaus), Ina Möller (Bürgerforum Eidelstedt), Willi Lehmppfuhl (Mieterverein zu Hamburg) und Heike Sudmann, Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN

Mittwoch, 21. Februar, 19.30 Uhr,
Eidelstedter Bürgerhaus, Alte Elbgaustraße 12
Eintritt frei



Rundgang rund um die Handelskammer



Die Handelskammer ein »Haus im Haus« (Foto: Maren Cornils)

Über die Handelskammer wird oft gesprochen, doch das alte Börsengebäude selbst ist vielen nicht (so) bekannt. Hier trafen sich früher täglich tausende Kaufleute (»Pfeffersäcke«) zum Börsenhandel, heute gibt es Ausstellungen, Messen und Konzerte. Mit dem »Haus im Haus«, das über fünf Etagen bis zur Dachterrasse reicht, erfolgte ein nicht nur architektonisch interessanter Umbau. Maren Cornils, Dipl.-Ing. für Architektur und Stadtplanung und erfahrene Tourenleiterin, wird uns durch das Gebäude führen.

Wir werden nicht nur nach Verbindungen und Verbindungsgängen zum Rathaus suchen, sondern uns auch die Entwicklung des Einkaufs- und Geschäftszentrums, neudeutsch BID (Business Improvement District), vor den Toren der Handelskammer, vergegenwärtigen. »Das BID Nikolai-Quartier

ist das siebte BID in der Hamburger Innenstadt. Das Nikolai-Quartier zwischen dem Rathausplatz und dem Alsterfleet, Rödingsmarkt, Willy-Brandt-Straße und Nikolaifleet ist die Wiege der Kaufmannsstadt Hamburg. Mithilfe von umfassenden Bau-, Service- und Marketingleistungen soll es wieder zu einem lebendigen Teil der Hamburger Innenstadt werden«, so die offizielle Lesart der FHH im Internet. Na denn! Wer gerne mitgehen möchte, melde sich zwecks besserer Planung bitte bis zum 16. März an unter dieser Emailadresse: michael.joho@linksfraktion-hamburg.de.

Wer schon vorher (oder auch hinterher) Stadtteiltouren mit Maren Cornils machen möchte, guckt hier: www.st-georg-tour.de.

Fraktion vor Ort: Pfeffersäcke, BID und das Rathaus – Einladung zu einem Rundgang

Freitag, 23.3.2018, 16.00 Uhr, ab Haupteingang der Handelskammer (Adolphsplatz 1),

mit Heike Sudmann, MdHB, und Dipl.-Ing. Maren Cornils, Tourenleiterin

Dauer: ca. 2 Stunden, kostenfrei (danach evtl. Café-Besuch)

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Hinsichtlich des Umgangs mit dem Stadthaus, der ehemaligen Gestapo-Zentrale, bekleckert sich die Freie und Hansestadt Hamburg zurzeit gerade nicht mit Ruhm, ganz im Gegenteil. Mit welcher Ignoranz dieses Gebäude, in dem Menschen zwischen 1933 und 1945 gefoltert und ermordet wurden, von der Quantum-Immobilien AG vermarktet wird (siehe www.stadthoefe.de), von wegen »50 aparter Geschäfte« und »exklusiver Büros«, das ist wirklich atemberaubend. Und der Senat trägt das bisher mit, für ihn ist alles in Ordnung. Dagegen engagiert sich seit einigen Monaten unter der Parole **Konsum statt Gedenken? Niemals!** die **Initiative Gedenk**

kort Stadthaus. Ab sofort finden **regelmäßig freitags zwischen 17 und 18 Uhr** vor dem Stadthaus (Stadthausbrücke 8a) **Mahnwachen** statt, am 3. Mai dann eine internationale Großkundgebung. Auch wir sagen: Hamburg braucht einen angemessenen Ort der Erinnerung an den Widerstand und die Verfolgung in Hamburg! Den kompletten Aufruf gibt's hier: <http://hamburg.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/16/2018/01/Konsum-statt-Gedenken-Niemals.pdf>.

Um die **Mitbestimmung made in Hamburg** geht es am **Mittwoch, den 21. Februar**, um 19.00 Uhr bei der Körper-Stiftung (Kehrwieder 12). Über Volksinitiativen, Bürgerlabore und Stadtteilkonferenzen, über all die neuen »Formate« der BürgerInnenbeteiligung streiten im »KörperForum« der grüne Fraktionsvorsitzende Anjes Tjarks, Manfred Brandt vom Verein Mehr Demokratie e.V. und die Politikwissenschaftlerin Annette Elisabeth Töller. Es moderiert Peter Ulrich Meyer vom Hamburger Abendblatt. Das Ganze wird es auch als Livestream geben. Mehr Infos hier: www.koerber-stiftung.de/veranstaltungsuebersicht/mitbestimmung-made-in-hamburg-2299.html



Was bleibt von der grünen Insel Wilhelmsburg? – Diese Frage wirft der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. auf seiner nächsten Pegelstand-Veranstaltung am **Donnerstag, den 22. Februar**, um 19.00 Uhr



in der Honigfabrik (Industriestraße 125-131) auf. Im Mittelpunkt steht an diesem Abend das Großprojekt »Natürlich Hamburg«, mit dem Grünflächen geschützt und das Artensterben eingedämmt werden soll. Doch nun sollen zwei »wilde« Grünflächen im Norden des Reiherstiegviertels – der »Nachtigallen-Wald« – dem geplanten »Spreehafenviertel« zum Opfer fallen. Darüber diskutieren Hans Gabányi (Amt für Naturschutz, Grünplanung und Energie), Karen Pein (IBA-Hamburg, Projektträger für das Spreehafenviertel), Malte Siegert (Naturschutzbund NABU), Michael Weinreich (SPD-Bürger-

schaftsmitglied aus Wilhelmsburg), Alexandra Werdes (Initiative Waldretter) und Heike Sudmann, die Moderation obliegt Hartmut Sauer (Zukunft Elbinsel).

Am **Sonntag, den 25. Februar**, findet die diesjährige **Rad- und Reisesmesse des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC)** statt. Von 10.00 bis 17.00 Uhr präsentieren sich in der Alsterdorfer Sporthalle (Krochmannstraße 55) alle



möglichen Gruppen rund ums Fahrrad und alternative Verkehrsinitiativen wie z.B. das Bündnis Verkehrswende Hamburg. Infos: <https://hamburg.adfc.de/freizeit/veranstaltungen/rad-reise/rad-reise-die-adfc-messe/>.

Am **Montag, den 26. Februar**, hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg das Thema **Grünes Hamburg?** auf dem Zettel. Katarina Seegelke vom BUND Hamburg (Projekt Flächenschutz) widmet sich in einem Vortrag samt Diskussion dem Zusammenhang von Stadtentwicklung, Natur und Lebensqualität. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr im Dock europe (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof, Eingang West).



Am **Dienstag, den 27. Februar**, lädt die Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg das achte Mal zu einer **Konferenz zur sozialen Spaltung** ein. Es geht um die **Illusion Chancengleichheit bzw. die Frage Wer bleibt im Bildungswesen auf der Strecke?** Die Tagung findet von 10.00 bis 17.00 Uhr in der HafenCity Universität (Überseeallee 16) statt. Mehr infos und Anmeldung unter www.hamburg-stadtfueralle.de.

Und am Abend dieses **27. Februar**, d.h. um 19.30 Uhr, können Interessierte sich dann nach Eimsbüttel aufmachen, um in der Galerie Morgenland (Sillemstraße 79) einem Gesprächsabend mit Jürgen Kabey, Matthias Nagel und anderen Gästen

zu lauschen. Sie unterhalten sich über **Die Ursprünge des Methfesselfestes**, des wohl größten linken Straßenfestes in Hamburg überhaupt. **Mit Vergnügen Position beziehen!** lautet der Untertitel der Veranstaltung, die mit einem Eintritt von drei Euro einhergeht. Ein Besuch der Räume dieser Geschichtswerkstatt lohnt sich doppelt, wird hier doch noch **bis zum 14. März** die Ausstellung **Gezweckt & aufgemöbelt** gezeigt, eine Präsentation von **Fotos über inhabergeführte Geschäfte rund um die Osterstraße**.



Das Hamburger Städtebauseminar ist eine gut eingeführte und meist hochkarätig besetzte **Veranstaltungsreihe** der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung. Bereits seit Januar 2018 geht es um **Wachstumsschmerzen – Spannungen und Reize in wachsenden Metropolen**. Die insgesamt zehn Veranstaltungen



finden jeweils mittwochs um 18.30 Uhr im HafenCity InfoCenter im Kesselhaus (Am Sandtorkai 30) statt. Am **Mittwoch, den 28. Februar**, wird über **Stadtplanung im Spannungsfeld öffentlicher und privater Interessen**, insbesondere die »Eroberungsstrategien der Immobilienwirtschaft«, diskutiert. Am **21. März** lautet das Motto **Von**

der autogerechten Stadt zu Baukultur im Verkehr. Infos und Anmeldung: www.staedtebauseminar.de.

Frisch emeritiert, ist am **Montag, den 12. März**, der ehemalige in Hamburg wirkende und zuletzt an der TU Wien lehrende Stadtsoziologe Prof. Dr. Jens Dangschat zu Gast in der Stadt, genauer bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er referiert an diesem 12. März um 19.00 Uhr im Dock europe (Bodenstedtstraße 16, Eingang West) über das Thema **Autonomes Fahren: Wirklich eine bessere Zukunft?**

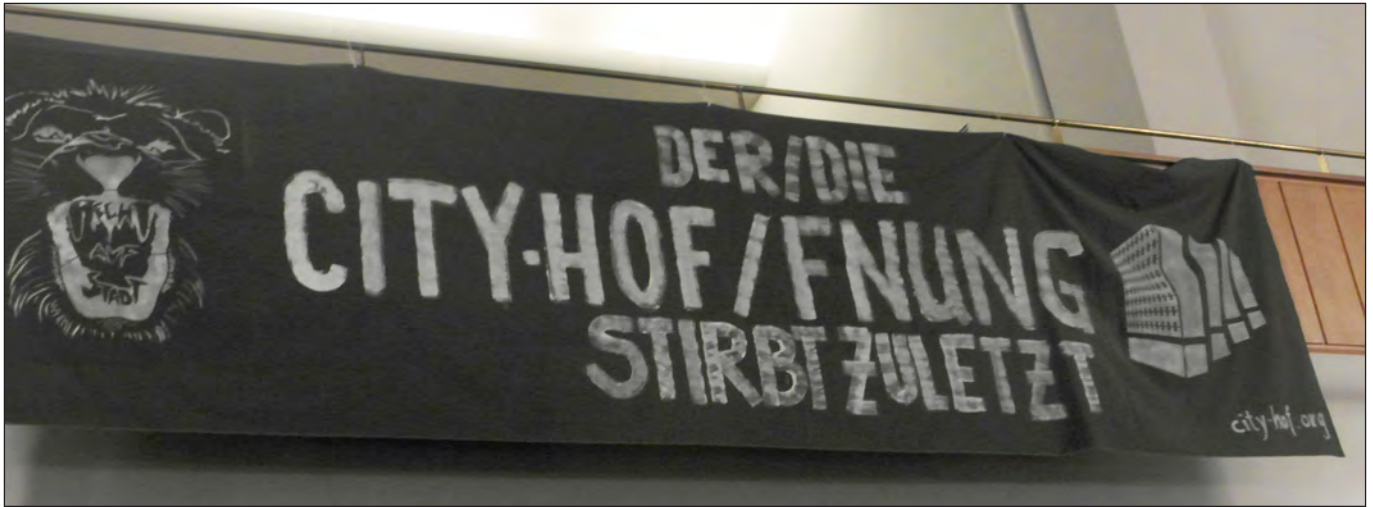


Hamburg in der Globalisierung: Perspektiven in der globalen Städteliga?

So ist eine weitere Vortragsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Montag, den 26. März**, um 19.00 Uhr im Dock europe (Bodenstedtstraße 16, Eingang West) überschrieben. Referent ist an diesem Abend Dr. Christof Parnreiter, Professor für Wirtschaftsgeografie an der Universität Hamburg.



»City-Hof bleibt!«



Aktion auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft 2017 (Foto: Michael Joho)

Das im Jahr 2017 gegründete Bündnis Stadt**Herz** will den drohenden Abriss des City-Hofes am Klosterwall verhindern und wirbt für eine andere, nachhaltige Stadtentwicklungspolitik. Wir nehmen nachfolgend den Text einer Petition auf, für den noch bis Ende April Unterschriften gesammelt werden (www.openpetition.de/petition/online/city-hof-bleibt-fuer-den-erhalt-und-die-sanierung-des-hamburger-city-hofs). Bis zum 20.2.2018 sind rund 1.500 Unterschriften gesammelt worden. Ein Dokument, dessen Grundtenor wir nur zustimmen können!

City-Hof bleibt! – Für den Erhalt und die Sanierung des Hamburger City-Hofs

Trotz anhaltender Kritik hält der Hamburger Senat an seinen Plänen für den City-Hof gegenüber dem Hauptbahnhof fest: Privatisierung der öffentlichen Liegenschaft, Abriss des denkmalgeschützten Bauwerks und Bebauung des Areals mit einer Investorenarchitektur, die den Blick auf das Kontorhausviertel nahezu vollständig verstellt.

Die Weichen wurden ohne die Bürger*innen in den Hinterzimmern von Politik und Verwaltung gestellt. Der Zug ist aber noch nicht abgefahren. So stehen die Genehmigungen für den Abriss des Denkmals und den geplanten Neubau noch aus. Für letzteren muss noch neues Planrecht geschaffen werden, wofür vor kurzem ein Bebauungsplan-Verfahren eingeleitet wurde. Das zuständige Bezirksamt Hamburg-Mitte rechnet damit, dass der neue Bebauungsplan frühestens im Herbst 2018 öffentlich ausgelegt werden kann und im Frühjahr 2019 die Vorweggenehmigungsreife erlangt.

Trotzdem soll bereits im Sommer 2018 mit dem Abriss des City-Hofs begonnen und damit Tatsachen geschaffen werden. Deshalb muss JETZT gehandelt werden. Mit den gesammelten Unterschriften fordern wir den Hamburger Senat auf, von seinen aktuellen Plänen zurückzutreten und den City-Hof für so wie mit den Bürger*innen zu revitalisieren.

Begründung:

1. Wer soll Stadt gestalten? Echte Bürgerinnenmitgestaltung statt oberflächlicher Bürgerinnenbeteiligung

Eine Bürgerinnenbeteiligung fand im Fall des City-Hofs nicht statt. Bürgerinnen sind Expert*innen für ihre Stadt – eine Beteiligung lohnt sich, sie schafft Identität und Akzeptanz. Sie gewährleistet eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung.

Im Sinne von »erst denken, dann reden« fordern wir: Erst beteiligen, dann planen! Bevor ein Investor einbezogen wird, muss transparent, grundlegend, ergebnisoffen und auf Augenhöhe mitbestimmt und -gestaltet werden. Für eine Bürgerinnenbeteiligung muss sich ausreichend Zeit genommen werden. Auf alle möglichen Akteurinnen und Interessierten muss aktiv zugegangen werden. Statt eines passiven Plakats und bloßen Informierens müssen kreative Methoden der Beteiligung angewandt werden.

2. Wem soll Stadt gehören? Soziale Bodenpolitik statt kurzfristiger Privatisierung

Der City-Hof soll privatisiert werden. Mit jeder Privatisierung verliert die Freie und Hansestadt Hamburg Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Wir fordern eine soziale Bodenpolitik. Grund und Boden muss allen gehören und langfristig zur Verfügung stehen. Wir fordern eine Entkopplung von Nutzung und Grundeigentum, z.B. durch Erbpacht. Wir fordern eine kleinteilige Vergabe von Grundstücken, damit Zugang und Gestaltungsmöglichkeiten für die Gesellschaft gesichert sind. Statt Liegenschaften profitgeleitet zu privatisieren, müssen gemeinwohlorientierte Modelle wie z.B. Genossenschaften und Stiftungen Anwendung finden.

3. Was braucht Stadt? Bedarfsgerechte Stadtgestaltung statt profitorientierter Stadtentwicklung

Die Nutzungen im geplanten Neubau sind nicht adäquat für diesen Standort. Die Innenstadt wird heute schon von Büros, Einzelhandel und Hotels dominiert.

Wir fordern für den City-Hof eine dem Hauptbahnhof sowie der Kunstmeile angemessene und gemeinwohlorientierte Entwicklung – einen Leuchtturm für die Verschränkung von Kunst und Sozialem. Wir fordern eine gesicherte Perspektive für günstigen Wohnraum sowie für soziale und kulturelle Einrichtungen. Darüber hinaus braucht es Räume für Experimente und ohne Konsumzwang. Statt profitorientierter Ausrichtung fordern wir eine sich überlagernde Mischnutzung des City-Hofs. Unterschiedliche Nutzungen ergänzen sich räumlich, funktional und ökonomisch.

4. Was ist uns Stadt wert? Denkmal- und Umweltschutz statt oberflächlicher Wegwerfmentalität

Der City-Hof soll trotz Denkmalschutz abgerissen werden, obwohl eine Sanierung technisch und wirtschaftlich möglich ist. Mit einer Bestandsentwicklung kann das Bauwerk weiter genutzt und somit Ressourcen und Umwelt geschont werden.

Wir fordern gemäß §1 Absatz 2 des Denkmalschutzgesetzes: »Die Freie und Hansestadt Hamburg soll auch als

Eigentümerin [...] für den Wert des kulturellen Erbes in der Öffentlichkeit eintreten [...]. Dazu gehört auch die Verbreitung des Denkmalgedankens und des Wissens über Denkmäler in der Öffentlichkeit.« Bürger*innen müssen sich darauf verlassen können, dass ein denkmalgeschütztes Gebäude auch tatsächlich geschützt wird. Wir fordern die Stärkung des Denkmalschutzamtes Hamburg und des Denkmalrates. Ersteres muss sich frei und öffentlich auch zu kritischen Fällen äußern dürfen. Statt Abriss und Neubau, fordern wir Erhalt und Sanierung des City-Hofs.

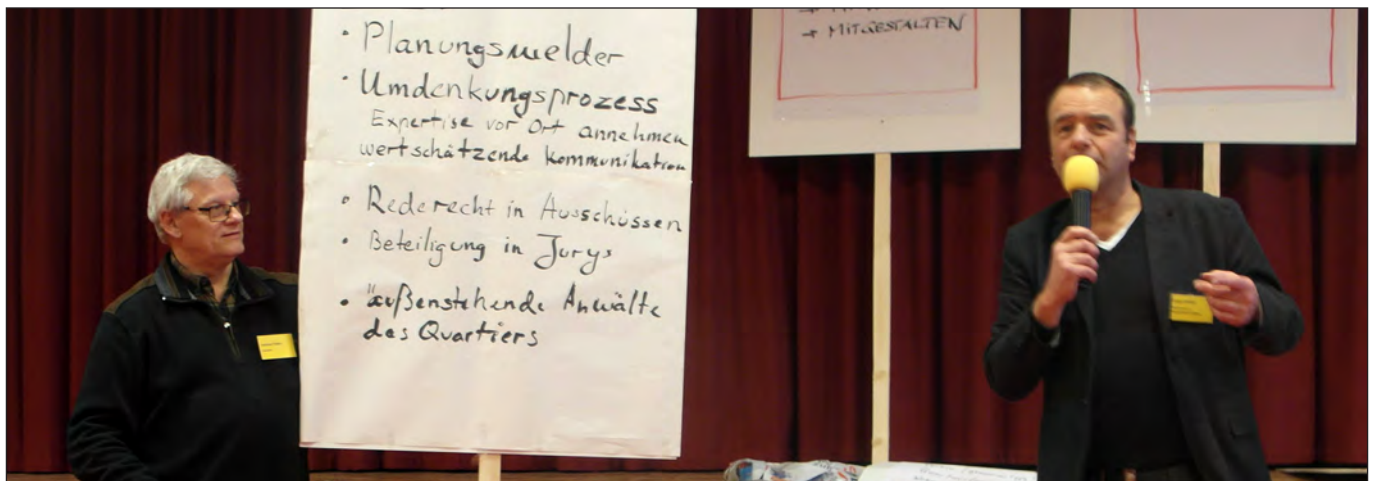
Bündnis Stadtherz: AStA der HafenCityUniversität Hamburg, Berufsverband bildender Künstlerinnen und Künstler Hamburg e.V., City-Hof e.V., Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V., fux eG, Gängeviertel e.V. LandesAstenKonferenz Hamburg, Netzwerk »Recht auf Stadt« Hamburg, Stadtteilinitiative Münzviertel

www.buendnisstadtherz.org, info@buendnisstadtherz.org
Im Namen aller Unterzeichner/innen.

Hamburg, 31.01.2018 (aktiv bis 30.04.2018)

BürgerInnenbeteiligung: sichern & ausbauen!

Resolution des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte



Jürgen Fiedler (r.) präsentiert die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe auf der Tagung (Foto: Michael Joho)

Auch das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte findet sich nicht ab mit dem, was ihnen – speziell den Beiräten im Bezirk Mitte – jüngst zugemutet wurde. Die nachfolgende Resolution wurde auf der dritten Tagung des Netzwerks »Nur mit uns 3.0« am 17. Februar im Bürgerhaus Bornheide beschlossen.

Ohne Not haben die Fraktionen der SPD, GRÜNEN und CDU in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte am 21. Dezember 2017 – drei Tage vor Weihnachten! – die Zuwendungen für sieben von elf aus dem Quartiersfonds finanzierten Stadtteilbeiräten um 10 bis 40% zusammengestrichen. Insgesamt neun dieser Beiräte werden in 2018 wenigstens eine begleitete Sitzung weniger durchführen können.

Das ist keine Sicherung, schon gar kein Ausbau der erprobten Strukturen der BürgerInnenbeteiligung, das ist ein massiver Angriff auf die Stadtteilbeiräte und damit die Säulen

der Demokratie vor Ort. Der mehrheitliche Beschluss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte geht damit auch hinter die eigenen Versprechungen und die der Senatskoalition zurück. Und er missachtet die Anforderung unserer Zeit, die etablierte Politik zu ändern und mehr Partizipation und Selbstermächtigung, eben mehr Demokratie zu wagen und finanziell und institutionell zu garantieren.

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte fordert den Bezirk Mitte nachdrücklich auf, die Reduzierung der Mittel und Sitzungen sofort auszusetzen und mit den Beiräten über das nötige Fördervolumen und den jeweiligen Sitzungsturnus zu verhandeln. Das Netzwerk erwartet vom Hamburger Senat und der Bürgerschaft, die Quartiers- und Stadtteilbeiräte institutionell endlich aufzuwerten und im neuen Doppelhaushalt 2019/2020 einen eigenständigen, auskömmlichen Etatposten für die Beiräte zu schaffen.

CDU/CSU und SPD wollen Gratis-ÖPNV?

Heike Sudmann über eine Verkehr(te) Welt



Bald altes Eisen? (Foto: Heike Sudmann)

Augen reiben, Haare raufen, verfrühter Aprilscherz – selten hat eine Aktion der Bundesregierung so viele erstaunte Reaktionen hervorgerufen. Am 11. Februar 2018 schrieben für die geschäftsführende Bundesregierung die Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) an die EU-Umweltkommissarin einen Brief, in dem sie einen 6-Punkte-Plan gegen die Luftverschmutzung in Deutschland ankündigen. Als ein Hauptpunkt wird dabei ein für die NutzerInnen kostenfreier Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) genannt. Eine Forderung, die bisher nur von der LINKEN, den GRÜNEN und den PIRATEN erhoben und von den anderen Parteien in schöner Regelmäßigkeit als unrealistisch abgetan wurde. Ein echter Sinneswandel oder nur ein durchschaubarer Versuch, eine mögliche Klage vor dem Europäischen Gerichtshof mit millionenschweren Strafzahlungen wegen der Überschreitung der Schadstoffgrenzwerte in Deutschland abzuwenden?

»Die Welt von den Autos zurückholen«

Wer sich die Prognosen zum Klimawandel und den negativen Beitrag des Motorisierten Individualverkehr (MIV) ansieht, wer die steigenden Zahlen von Pkw in Hamburg registriert, wer den Flächenverbrauch von Stellplätzen an Straßen und im öffentlichen Raum den Flächen für Kinderspiel, Grün und Erholung gegenüberstellt, kann nur zu der Schlussfolgerung kommen, dass es höchste Zeit für eine Verkehrswende ist. Weniger Autoverkehr sorgt für weniger Luftbelastung, weniger Lärm und weniger Flächenverbrauch. Wenn ich die notwendige Mobilität des Menschen nicht einschränken will, muss

ich Alternativen zum Autofahren anbieten. Neben dem Fuß- und Radverkehr spielen hier die öffentlichen Verkehrsmittel – Bus, Bahnen und in Hamburg auch Schiffe – eine sehr wichtige Rolle. Ist ihr Angebot so gut, dass ich ohne lange Wartezeiten, ohne überfüllte Abteile und mit gutem Komfort vorankomme, können AutofahrerInnen zum Wechseln bewegt werden. Nach repräsentativen Umfragen des Umweltbundesamts aus dem Jahr 2014 sind 84% der Befragten dafür, Städte und Gemeinden gezielt so umzugestalten, dass man kaum noch auf das Auto angewiesen ist. Diese verbale Aufgeschlossenheit ist noch lange nicht gleichbedeutend mit einer Verhaltensänderung, deshalb bedarf es begleitender Maßnahmen, die neben Aufklärung auch eine Einschränkung des Autoverkehrs mit sich bringen.

Weshalb die Verkehrspolitik sich nicht weiter am Auto orientieren darf, bringt Christian Stöcker in seiner »Spiegel«-Kolumne vom 18. Februar schön auf den Punkt: »Wir müssen nämlich einen fundamentalen Irrweg korrigieren: Die Tatsache, dass wir es heute für akzeptabel halten, wenn täglich Millionen Menschen allein in fünfsitzigen, anderthalb Tonnen schweren, Gift und CO₂ ausstoßenden, jährlich tausendfach tötenden Maschinen herumfahren. Maschinen, die ihrerseits wiederum 23 von 24 Stunden pro Tag herumstehen und damit für ein menscheitgeschichtlich einmaliges Ausmaß an Flächenversiegelung und Platzverschwendung sorgen. Wir müssen uns die Welt von den Autos zurückholen« (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/bild-1193916-1247436.html>).

Gratis-ÖPNV funktioniert nur mit guten Angeboten

Um den von Stöcker beschriebenen automobilen Irrweg verlassen zu können, müssen Alternativen vorhanden sein. Der Gratis-ÖPNV, also die fahrscheinlose Nutzung von Bussen und Bahnen, kann zu einer Reduzierung des Autoverkehrs beitragen. Dieses richtige Ziel kann jedoch nicht mit einer aus der Hüfte geschossenen Aktion erreicht werden. Ohne einen vorherigen Ausbau des ÖPNV gibt es nicht die notwendigen Kapazitäten, um den zu erwartenden Anstieg der Fahrgastzahlen auch nur annähernd bewältigen zu können. Überfüllte Busse und Bahnen, lange Wartezeiten und schlechte Angebote sind ähnlich reizvoll wie Pickel am Allerwertesten und bewegen nicht zum Umsteigen.

Gratis-ÖPNV macht Mobilität für alle möglich

Wenn ich Mobilität in der Stadt so begreife, dass ich mich nicht nur über kurze, sondern auch über längere Strecken durch die Stadt bewegen kann, muss ich feststellen, dass diese Möglichkeit für etliche Menschen nur eingeschränkt gegeben ist. Der in den Hartz-IV-Sätzen enthaltene Anteil für Fahrkarten reicht weder für häufige Fahrten noch für eine Monatskarte aus, schon gar nicht für eine Monatskarte ohne zeitliche Begrenzung (Sperrzeiten zwischen 6.00 und 9.00 sowie zwischen 16.00 und 18.00 Uhr). Das gilt auch für Menschen, deren Einkommen knapp über den staatlichen Einkommensgrenzen liegt. Die Schließung von öffentlichen Einrichtungen in (ärmeren) Stadtteilen und/oder deren Zentralisierung an wenigen Orten in der Stadt – von Ortsdienststellen über Häuser der Jugend oder SeniorInnenberatung – grenzt Menschen mit wenig Geld für Fahrkarten aus, von Theater- oder Konzertbesuchen gar nicht erst zu reden. Deshalb ist auch aus sozialen Gründen ein für die NutzerInnen kostenfreier ÖPNV nötig.

Bundesregierung will nachdenken

Der Verdacht der schriftlichen Beruhigungsspielle für die EU scheint sich zu bewahrheiten. Ohne einen vorangehenden Ausbau und ohne Finanzierungs- und Zeitrahmen für einen kostenlosen ÖPNV wirkt die Idee sehr unausgegoren. Mittlerweile rudert die Bundesregierung auch zurück, es handle sich nur um Vorschläge, über die man gemeinsam mit den Ländern und Kommunen nachdenken müsse.

Zum Nachdenken muss dann auch die Finanzierung gehören. Städte und Gemeinden, aber auch Verkehrsverbünde haben in ihren ersten Reaktionen unisono gefragt, wie der Gratis-ÖPNV finanziert werden soll. Ohne Gelder vom Bund würde das nicht gehen. Der Hamburger Verkehrsverbund schockte gleich alle Beteiligten mit dem Hinweis auf die jährlichen Fahrgeldeinnahmen in Höhe von über 800 Mio. €, die ersetzt werden müssten.

Autoverkehr dreimal so teuer wie ÖPNV

Kaum genannt wurden und werden jedoch die Folgekosten des Autoverkehrs, die von der Allgemeinheit zu tragen sind. Umweltschäden, Gesundheits- bzw. Krankheitsfolgekosten oder Straßenbaumaßnahmen sind nur einige der sogenannten

Weiterführende Links:

Petition an die hamburgische Bürgerschaft: HVV für Alle – 1 Euro am Tag ist genug, www.change.org/p/hvv1euro

Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr – Eine Offensive für sozialökologische Mobilität und Lebensqualität, herausgegeben von der LINKEN im Deutschen Bundestag, www.plan-b-mitmachen.de/wp-content/uploads/2013/06/150521-plan-b-a5-mobil-web.pdf

externen Kosten, die nicht durch die Autofahrenden selbst finanziert werden. Für das Jahr 2005 hat das Umweltbundesamt die externen Kosten des Autoverkehrs auf 53 Mrd. € beziffert. Auf Hamburg umgerechnet ergab sich für 2010 ein Betrag von 629 €, den jede/r Hamburger/in, vom Baby bis zum Greis, an Folgekosten zu tragen hat.

Vor wenigen Tagen wurde ein Rechenmodell der Universität Kassel bekannt, das die Kosten der Verkehrssysteme ÖPNV, Pkw, Lkw, Rad- und Fußverkehr ermittelt. Neben der Infrastruktur wie Straßen, Schienen und Haltestellen wurden auch Folgen von Lärm, Umweltverschmutzung und Unfällen berücksichtigt. Das Ergebnis lautet: Der Autoverkehr in einer deutschen Großstadt ist für die öffentliche Hand dreimal so teuer wie der ÖPNV (die Pressemitteilung der Universität Kassel ist hier zu finden: <https://www.unikims.de/de/newsarchiv/der-autoverkehr-kostet-die-kommunen-das-dreifache-des-oepnv-und-der-radverkehr-erhaelt-die-geringsten-zuschuesse>).

Eine andere Finanzierung für den ÖPNV, eine Umverteilung ist also möglich. Verschiedene Ideen bis hin zum Gratis-ÖPNV stehen im Raum: BürgerInnenticket, Nahverkehrsabgabe, Abschaffung des Dieselsprivilegs (laut VCD kostet die verminderte Besteuerung des Dieselmotors den Staat jährlich 7,4 Mrd. €), Abgaben der ArbeitgeberInnen wie in Wien, 1 Euro pro Tag für den ÖPNV (365,- €-Jahresticket) usw. Diese Ideen sind sicherlich gerechter und umweltfreundlicher als der aktuelle Vorschlag einer ExpertInnenkommission der Bundesregierung, die Hardware-Nachrüstung der schmutzigen Dieselfahrzeuge nicht von der Verursacherin, der Autoindustrie, bezahlen zu lassen, sondern durch Steuergelder zu finanzieren. Die hierfür erforderlichen Milliarden Euro sind im ÖPNV auf jedem Fall besser angelegt.

Auch wenn der Vorstoß der Bundesregierung zum Gratis-ÖPNV mehr der Beruhigung der EU und der Autoindustrie/lobby diene: Noch nie war die Tür zu einer ernsthaften Auseinandersetzung um den fahrscheinfreien ÖPNV so weit geöffnet wie jetzt. Nutzen wir das für die Entwicklung von vernünftigen Schritten in die richtige Richtung. Ausbau des ÖPNV, Senkung der Fahrpreise, Zurückdrängen der autofixierten Politik, weiterer Ausbau des ÖPNV, 365 €-Ticket, Gratis-Ticket.

Kulturtipp: Heraus zum Frauentag!



Die wunderseltame Lebensbeschreibung der Courasche
ein Theatersolo mit Katharina Röther

Zum internationalen Frauentag!

Donnerstag | 1. März 2018 | 20 Uhr

Gewerkschaftshaus
Besenbinderhof 60
Raum Marseille

Für Getränke und einen kleinen Imbiss ist gesorgt.

Rückfragen an Emilija Mitrović
Tel. 890 615 361

ver.di Frauen Hamburg

U. S. u. P. Sandra Gotschmidt, weiß LZJ Hamburg, 2007 Hamburg

Hintergrund: Plakat zum Frauentag vom 8. März 1914 (Ausschnitt)

Den ersten Frauentag begingen am 28. Februar 1909 die weiblichen Mitglieder der Sozialistischen Partei Amerikas. Sie hatten ein Jahr zuvor erstmals ein Nationales Frauenkomitee gebildet. Clara Zetkin schlug im Gefolge der gelungenen Aktion auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen vor, einen internationalen Frauentag einzuführen und wo immer möglich auch zu begehen. In Deutschland fand er dann erstmals am 19. März 1911 statt, damals noch eng verbunden mit dem Kampf um das erst 1919 eingeführte Frauenwahlrecht. Zu Ehren streikender Frauen im revolutionären Russland am 8. März 1917 setzte sich dieser Tag dann weltweit durch. Auch in Hamburg finden seit vielen Jahren am und um diesen Internationalen Frauentag Veranstaltungen und Aktionen statt.

Auf eine in diesem Jahr sei besonders hingewiesen: Auf eine Darbietung am Donnerstag, den 1. März, um 20.00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Raum Marseille), Besenbinderhof 60. Eingeladen haben dazu die ver.di-Frauen. Und zu Gast haben sie die Puppenspielerin, Schauspielerin und Regisseurin

Katharina Röther. Eine höchst kreative Frau, die über viele Jahre das Sommertheater St. Georg realisiert hat und anlässlich des 8. März ein Solostück über eine andere starke Frau zur Aufführung bringt.

Es geht um die »Wunderseltame Lebensbeschreibung der Courasche«, ein Stück nach einem »Schelmenroman« von Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen von und mit Katharina Röther. Ungeniert nimmt sich das von ihren »großen Begierden« getriebene Weib, was es braucht und was es kriegen kann. Es ist ein Stück, das vom Überleben im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) in einer aus den Fugen geratenen Welt handelt. »Ein fulminanter Auftritt!«, wie die Deutsche Grimmelshausen-Gesellschaft schon einmal anerkennend feststellte. Mit der »Courasche« schuf Grimmelshausen im 17. Jahrhundert übrigens die erste weibliche Erzählerin der deutschen Literatur, die Geschichte einer Soldatenfrau, Marketenderin, Zigeunerin und Hure, die Katharina Röther in grandioser, mitreißender und vor allem auch humorvoller Weise umsetzt. »Überleben und Genießen«, so ihr Motto...

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.